

Sparen, damit es teurer wird

Verwaltungsirrsinn: Bezirk streicht Mieterberatung/Ausgaben steigen

Mitte. Der Bezirk verfügte bisher über ein Instrument, das den Steuerzahler vor unberechtigten Forderungen schützte. Damit soll jetzt Schluss sein - zum Nachteil aller Bürger.

Miete und Betriebskosten für Hartz-IV-Empfänger zahlt das Sozialamt. Was kümmert es da den Mieter, wie die Zahlenkolonnen in den Betriebskostenabrechnungen zustande kommen. Nicht jeder Vermieter kann da widerstehen, bei der einen oder anderen Position zu mogeln. Doch Mittes Politiker sind schlauer. Sie lassen vom Büro für stadtteilnahe Sozialplanung GmbH (BfsS) die Nebenkostenabrechnungen und Mieterhöhungsschreiben von Hartz-IV-Empfängern überprüfen. Wenn einem Sachbearbeiter im Sozialamt etwas nicht geheuer ist, schaltet er das BfsS ein. Und das mit Erfolg. Die BfsS-Prüfer, die seit 1980 in Wedding und später auch in Mittes Sanierungsgebieten Mieterberatung und Sozialplanung machen, wurden fündig.

Laut Rechtsanwalt Bernd Schimmler, von 1992 bis 2000 Baustadtrat in Wedding, mussten die Ämter allein in den ersten drei Quartalen 2007 rund 65 000 Euro weniger bezahlen. Zieht man die Kosten für die Beratungstätigkeit von 32 000 Euro pro Jahr ab, kann sich der Steuerzahler über eine satte Ersparnis freuen. SPD-Mann Schimmler hatte 1999 das BfsS beauftragt, auch die Mieterhöhungserklärungen sowie Betriebs- und Heizkostenabrechnungen von Sozialhilfeempfängern unter die Lupe zu nehmen, um unberechtigte Forderungen der Vermieter zurückzuweisen. „Für den Steuerzahler ist die Prüfung ein Gewinn“, gibt Sozialstadträtin Miriam Scheffler (Bündnis 90/Die Grünen) zu. Doch davon hat der Bezirk nichts, weil die gesparten Wohnungsgelder lediglich die Bundeskasse entlasten.

Umstrittene Entscheidung

Den sinnvollen Service bezahlt der Bezirk Mitte „freiwillig“ von seinem Etat. „Der Senat gibt uns dafür kein Geld“, so Scheffler. Das Bezirksamt hat deshalb beschlossen, diese Mieterberatung einzustellen. Wegen des Schuldenberges in Höhe von 15 Millionen Euro ist der Bezirk finanziell dazu nicht mehr in der Lage. „Die Mieterberatung ist sehr sinnvoll“, bedauert Miriam Scheffler die Streichung. Und ihr ist klar, dass die Bürger dieses Vorgehen kaum verstehen werden.

„Es darf unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten kein Grund sein, dass die Kosten für die Überprüfung der Bezirk bezahlt, die Mieten aber aus der Landes- beziehungsweise Bundeskasse überwiesen werden. Geschädigt werden alle Steuerzahler“, hält Bernd Schimmler dagegen. Außerdem habe der Rechnungshof die Bezirke vor Kurzem erst aufgefordert, Mieterhöhungen und Nachforderungen aus Betriebs- und Heizkostenabrechnungen zu überprüfen. „Mittes Bezirksverordnetenversammlung und Bezirksamt müssen diese Entscheidung umgehend zurücknehmen“, fordert Bernd Schimmler.

Berliner Woche 28. November 2007